Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

27.08.1992 - Beschlußprotokoll 16. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
16. Sitzung
27. 08. 92
Nr. 13/199 — 13/221

Nr. 13/199

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1992 und 1993
Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/203)

D a z u

Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN, der FDP sowie CDU und DVU

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen Drucksachen 13/266 bis 13/281 sowie 13/316, 13/317 und 13/320 (Neufassung der Drs. 13/296) zum **Haushalt 1992** und Drucksachen 13/282 bis 13/295 sowie 13/318, 13/319 und 13/321 (Neufassung der Drs. 13/297) der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP zum **Haushalt 1993** zu.

Die Änderungsanträge der Fraktion der DVU Drucksachen 13/246, 13/247, 13/248, 13/253 und 13/254 zum **Haushalt 1992,** Drucksachen 13/259, 13/261, 13/264 und 13/265 zum **Haushalt 1993** sowie der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP mit der Drucksachen-Nr. 13/315 (Neufassung der Drs. 13/299) zum **Haushalt 1992** werden zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag Drucksache 13/298 wie folgt zu:

„Keine Wiederbesetzung der Stelle des Landesschulrats

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die freigewordene Planstelle des Landesschulrats nur mit Zustimmung der Fachdeputation und des Haushaltsausschusses wiederzubesetzen."

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die folgenden Änderungsanträge und Anträge ab: von der DVU Drucksachen 13/221 — 13/245, 13/249 — 13/252, 13/255, 13/258, 13/260, 13/262 und 13/263, von der CDU Drucksachen 13/300 — 13/313 sowie 13/324 (/Neufassung der Drs. 13/323).

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Hautshaltsjahre 1992 und 1993 mit Änderungen (Drucksachen 13/266 bis 13/281 sowie 13/316 zum **Haushalt 1992** und Drucksachen 13/282 bis 13/295 sowie 13/318 der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP zum **Haushalt 1993**).

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Stellenpläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 1992 und 1993 mit Änderung (Drucksachen 13/320 — Neufassung der Drs. 13/296 — zum **Haushalt 1992** sowie 13/321 — Neufassung der Drs. 13/297 — zum **Haushalt 1993**).

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 1992 und 1993 mit Änderung (Drucksachen 13/317 zum **Haushalt 1992** und 13/319 zum **Haushalt 1993**) in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 1992 und 1993 in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung.

Nr. 13/200

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/204)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/201

Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/206)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/202

Neugestaltung des Finanzausgleichs im Lande Bremen und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzzuweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/205)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Arbeitsgruppe „Finanzzuweisung" Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/203

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes"
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN vom 10. August 1992
(Drucksache 13/212)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuß „Reform des öffentlichen Dienstes" ein. Dieser Ausschuß besteht aus zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern.
2. Der Ausschuß hat den Auftrag, die Organisationsstrukturen und Steuerungsinstrumentarien im bremischen öffentlichen Dienst zu überprüfen und neu zu konzipieren.
3. Der Ausschuß soll außerdem unter Wahrung des Grundsatzes der gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Dienststellenleitung und Personalvertretung die Aufgaben der Personalvertretung einschließlich des Mitbestimmungsverfahrens überprüfen (Mängelanalyse).
4. An den Beratungen des Ausschusses sind Senat und Gesamtpersonalrat sowie die sonstigen Interessenvertretungen der Bediensteten zu beteiligen.
5. Der Ausschuß kann zur juristischen und organisationswissenschaftlichen Begutachtung sowie zu seiner Beratung Sachverständige hinzuziehen.
6. Der Ausschuß erstattet seinen Bericht bis zum Herbst 1993.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Wahlvorschlag wie folgt zu:

Marieluise Beck (GRÜNE)
Stellvertreter: Dr. Hermann Kuhn (GRÜNE)

Ralf Bergen (CDU)
Stellvertreter: Thomas Röwekamp (CDU)

Marion Blohm (DVU)
Stellvertreter: Hans Weidenbach (DVU)

Tölke Borchers (CDU)
Stellvertreter: Dr. Jens Meier-Hedde (CDU)

Klaus Bürger (CDU)
Stellvertreterin: Sigrid Koestermann (CDU)

Rolf Herderhorst (CDU)
Stellvertreterin: Silke Striezel (CDU)

Fred Jungclaus (FDP)
Stellvertreter: Axel Adamietz (FDP)

Hasso Kulla (SPD)
Stellvertreter: Carl Heinz Schmurr (SPD)

Walter Liebetrau (SPD)
Stellvertreterin: Ilse Lakmann (SPD)

Marlies Marken (SPD)
Stellvertreter: Norbert Bloch (SPD)

Hella Poppe (SPD)
Stellvertreterin: Ilse Mehrkens (SPD)

Dr. Andreas Weichelt (SPD)
Stellvertreterin: Barbara Klöpper (SPD)

Nr. 13/204

Bericht des Vorstands über die konkreten Einspar- und Einnahmemöglichkeiten zur Abdeckung der durch die Diätenerhöhung verursachten Kosten vom 11. August 1992
(Drucksache 13/214)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands Kenntnis.

Nr. 13/205

Fortsetzung der westdeutschen Schiffbauhilfen
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP, DIE GRÜNEN und der CDU vom 20. August 1992
(Drucksache 13/219)

Die Situation im westdeutschen Schiffbau ist durch deutlich rückläufige Auftragseingänge gekennzeichnet. Während die Auftragsbestände im übrigen Weltschiffbau stiegen, hat sich der Auftragsbestand der deutschen Werften weiter verschlechtert, mit der Folge zunehmender Kurzarbeit. Die deutschen Werften sind also die größten Verlierer beim Kampf um neue Aufträge. Dies hängt vor allem mit der seit Jahren bestehenden Ungewißheit über den Bestand und die Höhe der Wettbewerbshilfen zusammen. In einem immer noch subventionsverzerrten Weltschiffbaumarkt kommt der Wettbewerbshilfe bei der Akquisition neuer Aufträge beträchtliche Bedeutung zu.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert Bundesregierung und Bundestag auf, ihr mit dem laufenden Wettbewerbshilfeprogramm verfolgtes Ziel, die Auslastung der Kapazitäten der deutschen Seeschiffswerften bis 1994 abzusichern, auch finanziell abzustützen, da ohne eine Aufstockung des nahezu ausgeschöpften Wettbewerbsprogramms den Werften für neue Vertragsabschlüsse keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich angesichts fortgesetzter Subventionen in den EG-Mitgliedstaaten und des Aufbaus wettbewerbsfähiger Werften in Ostdeutschland dafür aus, daß der westdeutsche Schiffbau nicht benachteiligt und im Rahmen der 7. Richtlinie des Rates über Beihilfen für den Schiffbau bis Ende 1993 gefördert wird. Dazu ist das Wettbewerbshilfeprogramm um ein Jahr bis Ende 1993 zu verlängern. Zur Sicherung der Beschäftigung auf den westdeutschen Werften mit Ablieferungen bis Ende 1995 sind neue Wettbewerbsmittel als Verpflichtungsermächtigung schon 1993 erforderlich, die als Baransätze spätestens in den Jahren 1994/95 in die Bundes- und Länderhaushalte eingestellt werden müssen.

3. Die Entscheidung des EG-Ministerrates vom 17. Juni 1992 zur Privatisierung und Umstrukturierung der Werften in Ostdeutschland wird von der Bürgerschaft (Landtag) ausdrücklich und uneingeschränkt begrüßt. Bei allen Maßnahmen für die ostdeutschen Werften dürfen jedoch die Auswirkungen auf die Wettbewerbsverhältnisse und auf die Entwicklung der Werftkapazitäten in den westdeutschen Küstenländern nicht außer acht gelassen werden, da ohne das Überleben der westdeutschen Werften auch die großen Anstrengungen der Bundesregierung für Mecklenburg-Vorpommern in Frage gestellt sind.

Nr. 13/206

Zukünftige Konversionsanstrengungen für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 24. August 1992 (Drucksache 13/220)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß der internationale Entspannungsprozeß eine einschneidende Reduzierung der Truppenstärken und Waffenpotentiale ermöglicht. Erstmals besteht eine realistische Chance, Rüstungsproduktion auf zivile Produktion umzustellen und militärisch genutzte Flächen für zivile Nutzungen umzuwidmen.

Die Abrüstung stellt die bremische Wirtschaftsstrukturpolitik vor erhebliche Herausforderungen. Die Nachfrage nach wehrtechnischen Gütern wird in den nächsten Jahren um ca. 30 % zurückgehen. Standorte der Bundeswehr und der US-Army werden reduziert oder aufgegeben. Dadurch sind im Land Bremen bis 1996 wenigstens 5000 Arbeitsplätze gefährdet, davon in Bremerhaven allein 1000 Arbeitsplätze durch den Abzug der US-Streitkräfte.

Der sich abzeichnende Strukturwandel in Bremen ist nur durch eine Gemeinschaftsinitiative der vom Umstellungsprozeß betroffenen Unternehmen, der Europäischen Gemeinschaft (EG), des Bundes und des Landes Bremen zu bewältigen.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß die EG insbesondere im Rahmen des Perifra-Programms Mittel für ein Konversionsprogramm bereitgestellt hat.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) kritisiert ausdrücklich, daß die Bundesregierung trotz langwieriger Verhandlungen den rüstungsabhängigen und strukturschwachen Regionen bis heute jede angemessene Unterstützung bei der Lösung der Umstellungsprobleme versagt.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Initiative des Senats, gemeinsam mit anderen betroffenen Ländern den Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in die notwendigen Konversionsanstrengungen doch noch einzubeziehen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weitere erreichbare Bundes- und EG-Mittel zu komplementieren.

Nr. 13/207

Fragestunde

1. Wirksamkeit örtlicher Beschäftigungsinitiativen in Bremen (ÖBI)
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Kudella und Fraktion der CDU vom 23. Juni 1992

2. Mögliche Gefährdung des singvogelbestandes durch Rabenvögel
   Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Welke und Fraktion der FDP vom 23. Juni 1992

3. Erwerb von Waffen
   Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 24. Juni 1992

4. Beteiligung der Krankenkassen und umliegenden niedersächsischen Gebietskörperschaften an Präventionsmaßnahmen im Gesundheitswesen
   Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Welke und Fraktion der FDP vom 30. Juni 1992

5. Asylbetrug/Sozialhilfe
   Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 29. Juni 1992

6. Einrichtung einer Kinder-Kommission
   Anfrage der Abgeordneten Silke Striezel, Kudella und Fraktion der CDU vom 1. Juli 1992

7. Obdachlose im Lande Bremen
   Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 6. Juli 1992

8. Einsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien
   Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 13. Juli 1992

9. Rechtsgrundlagen der Magistratsarbeit in Bremerhaven
   Anfrage der Abgeordneten Teiser, Kudella und Fraktion der CDU vom 14. Juli 1992

10. Jäger 90
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 16. Juli 1992

11. Bundesverkehrswegeplan
    Anfrage des Abgeordneten Mützelburg (GRÜNE) vom 17. Juli 1992

12. Reform der Bundesbahn
    Anfrage des Abgeordneten Mützelburg (GRÜNE) vom 21. Juli 1992

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Abeking und Rasmussen
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 23. Juli 1992

Die Anfrage wird zurückgezogen

14. Vernichtung von Heizenergie bei der MBA Bremerhaven
    Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 23. Juli 1992

15. Beschlagnahmung von Fahrzeugen, die zum illegalen Transport von Rauschgift (Einfuhr) benutzt worden sind
    Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 29. Juli 1992

16. Bananenumschlag
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 5. August 1992

17. Verteilung von Stammkräften
    Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (GRÜNE) vom 6. August 1992

18. Rechtsanwalt in Polizeigewahrsam eingesperrt
    Anfrage des Abgeordneten Thomas (GRÜNE) vom 17. August 1992

19. Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen in Bremerhaven
    Anfrage der Abgeordneten Teiser, Kudella und Fraktion der CDU vom 18. August 1992

20. Spritzutensilien in der „drogenfreien Zone" der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen
    Anfrage der Abgeordneten Sigrid Koestermann, Kudella und Fraktion der CDU vom 19. August 1992

21. Skandal im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge durch Aktenvernichtung
    Anfrage der Abgeordneten Barsuhn, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 19. August 1992

22. Sicherung der „Bildhauerwerkstatt" in der Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen
    Anfrage der Abgeordneten Sigrid Koestermann, Kudella und Fraktion der CDU vom 21. August 1992

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/208

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Weiterer Ansehensverlust des Landes Bremen durch persönliche Vorteile des Bürgermeisters im Zusammenhang mit seiner Aufsichtsratstätigkeit bei den Bremer Stadtwerken".

Nr. 13/209

Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Bremerhaven
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 1992
(Drucksache 13/129)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/210

Gesetz zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 5. Mai 1992
(Drucksache 13/134)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/211

Ausbau der Schleusenkapazität im Fischereihafen Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. März 1992
(Drucksache 13/109)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. April 1992
(Drucksache 13/118)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/212

Schleusenkapazität im Fischereihafen Bremerhaven
Antrag der Fraktionen DIE GRÜNEN, der FDP und der SPD
vom 23. Juni 1992
(Drucksache 13/191)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Kosten-Nutzen-Analyse zum Ausbau der Schleusenkapazität im Fischereihafen im Oktober 1992 vorzulegen.

Falls die Kosten-Nutzen-Analyse zu einem positiven Ergebnis für den Ausbau kommt, wird der Senat aufgefordert darzulegen, ob bzw. wie und wann ein eventueller Ausbau der Fischereihafenschleuse finanziert werden kann.

Nr. 13/213

Schleusenkapazität im Fischereihafen Bremerhaven
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. August 1992
(Drucksache 13/217)

Der Antrag ist erledigt durch Annahme des Antrags Drucksache 13/191.

Nr. 13/214

Fehlende Kontrolle über das Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP)
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. April 1992
(Drucksache 13/121)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1992
(Drucksache 13/144)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/215

Gesetz zu dem Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei der Länder bei der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1992
(Drucksache 13/145)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/216

Einrichtung von weiteren Entgiftungsbetten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Juni 1992
(Drucksache 13/166)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist folgende Ziffer 2 des Antrags an die Deputation für Gesundheit:

Der Senat wird aufgefordert, in Bremerhaven umgehend eine den Anforderungen entsprechende Entgiftungsstation einzurichten.

Der Rest des Antrags wird zurückgezogen.

Nr. 13/217

Ausbau des Container-Terminals in Bremerhaven/Außenweservertiefung
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 3. Juni 1992
(Drucksache 13/167)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/218

Ausbau des Containerterminals (CT III) in Bremerhaven und Anpassung des Fahrwassers der Außenweser
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 26. August 1992
(Drucksache 13/322)

1. Die bremischen Universalhäfen sind von zentraler Bedeutung für die Selbständigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsperspektive des Landes Bremen. Die Leistungsfähigkeit der Hafenwirtschaft muß auch für die Zukunft gesichert werden.
2. Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit gehört der bereits beschlossene Ausbau des Containerterminals Bremerhaven, um die weltweiten Containerverkehre mit neuen Schiffsgrößen auch zukünftig an Bremerhaven zu binden.
3. Mit der Aufnahme der Vertiefung der Fahrrinne der Außenweser in den Bundesverkehrswegeplan mit der Stufe „vordringlicher Bedarf" ist ein weiterer Realisierungsschritt neben der Vorbereitung des noch zu bewertenden Planfeststellungsverfahrens für dieses Projekt getan.

Nr. 13/219

Unterrichtung der Bürgerschaft über den bisherigen Gang der Beratungen in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat durch den Senat
Mitteilung des Senats vom 11. August 1992
(Drucksache 13/215)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Nr. 13/220

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 18. August 1992
(Drucksache 13/218)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/221

Folgendes Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Deutsche Revolution
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
   vom 2. Juni 1992
   (Drucksache 13/158)

2. Öffentliche Anhörung
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
   vom 2. Juni 1992
   (Drucksache 13/159)

3. Absage an Krieg und Gewalt durch „Multi-Kultur"
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
   vom 2. Juni 1992
   (Drucksache 13/160)

4. Bürgerstunde
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
   vom 2. Juni 1992
   (Drucksache 13/161)

5. Förderung des ÖPNV durch Mittel aus dem Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetz (GVFG)
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 5. Mai 1992
   (Drucksache 13/131)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 16. Juni 1992
   (Drucksache 13/176)

6. Festlegung von Richtwerten im Gewerbeflächenerschließungsprogramm
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 5. Mai 1992
   (Drucksache 13/132)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1992
   (Drucksache 13/154)

7. Ungesicherte Sondermüllentsorgung
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 12. Mai 1992
   (Drucksache 13/139)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 2. Juni 1992
   (Drucksache 13/164)

8. Maßnahmen zur Existenzsicherung der Deutschen Seeschiffahrt
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
   vom 18. Mai 1992
   (Drucksache 13/141)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 9. Juni 1992
   (Drucksache 13/172)

9. Kindergartenplätze: Deutsche zuerst!
   Große Anfrage der Fraktion der DVU
   vom 29. Mai 1992
   (Drucksache 13/157)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 23. Juni 1992
   (Drucksache 13/184)

10. „Dienstreisen"
    Große Anfrage der Fraktion der DVU
    vom 2. Juni 1992
    (Drucksache 13/162)

    D a z u

    Mitteilung des Senats vom 16. Juni 1992
    (Drucksache 13/176)

11. Bremische Familienhilfe
Große Anfrage der Fraktion der DVU
vom 2. Juni 1992
(Drucksache 13/163)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 1992
(Drucksache 13/185)

12. Bericht zur Umsetzung des Projektes „Schaufenster Fischereihafen"
Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1992
(Drucksache 13/155)

13. Ausschreibung von Positionen von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 1992
(Drucksache 13/175)

14. Untersuchungshaft für Drogendealer
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Juni 1992
(Drucksache 13/181)

15. Einführung der verbrauchsabhängigen Abrechnung der Wasserkosten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Juni 1992
(Drucksache 13/182)

16. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (BremAFWoG)
Mitteilung des Senats vom 30. Juni 1992
(Drucksache 13/194)

17. Volksabstimmung über Maastrichter Verträge
Antrag des Abgeordneten Altermann
vom 7. Juli 1992
(Drucksache 13/196)

18. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Sicherung der schulischen Bildung"
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juli 1992
(Drucksache 13/197)

19. Künftige Nutzung der Carl-Schurz-Kaserne
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Juni 1992
(Drucksache 13/168)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/207)

20. Projektförderung ohne Deputationsbeteiligung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. Juni 1992
(Drucksache 13/183)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 1992
(Drucksache 13/199)

21. Maßnahmen zum Schutz der Weser
Mitteilung des Senats vom 23. Juni 1992
(Drucksache 13/186)

22. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1989 (Mitteilung des Senats vom 13.11.90 — Drs. 12/1040) und zum Bericht des Rechnungshofs zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen vom 27.08.91 (Drs. 12/1305)
vom 13. August 1992
(Drucksache 13/216)

23. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Finanzen

24. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Umweltschutz

Druck: Hans Krohn, Bremen